

Gemeinsame Sitzung des Bauausschuss und des Haupt- und Finanzausschusses am 9. 10. 2014

**Thema: 1. Bewerbung der Stadt Homberg bei der Bundesagentur
für Arbeit zur Vermietung von Büroflächen in der Innenstadt**

*Für jeden Ausschuss wird ein gesondertes Protokoll verfasst,
das im folgenden zum Vergleich nebeneinander gestellt wird.*

Niederschrift

über die Sitzung des
Bau- Planungs-, Umwelt- und
Energieausschusses
Sitzung Nr. 34

Protokoll: Ziegler

Niederschrift

über die gemeinsame Sitzung des
Haupt- und Finanzausschusses und
des Bau-, Planungs-, Umwelt- und
Energieausschusses
Sitzung Nr. 40

Protokoll Bottenhorn

Bürgermeister **Dr. Ritz** erläutert dem Ausschuss die Historie für die Ansiedelung der Bundesagentur für Arbeit im Bereich der Innenstadt.

Herr **Gontermann** trägt anhand einer Powerpoint-Präsentation den Planungsentwurf für die Vermietung von Büroräumen an die Bundesagentur für Arbeit auf dem Areal der beiden städtischen Gebäude Freiheiter Straße 17 und 26 vor.

Zum Planungsentwurf gehört die Schaffung zusätzlicher Parkplätze in Form einer Parkpalette auf dem Busbahnhof.

Bürgermeister **Dr. Ritz** erläutert anschließend dem Ausschuss wie an dem

Herr Bürgermeister **Dr. Ritz** erläutert den gesamten Sachverhalt.

Herr **Gontermann** nennt die Anforderungen der Bundesanstalt für Arbeit (BAA). Dann teilt er mit, das zunächst die Kasernen, das Haus Dechant in der Bischofstraße sowie das ehemalige Krankenhaus geprüft wurden. Dazu beschreibt er die Planungen für eine mögliche Nutzung des Krankenhauses. Danach rücken die Gebäude Freiheiter Straße 17 und 26 in den Mittelpunkt seines Vortrages.

Die Planung wurde mit der BAA abgestimmt. Er stellt die Planung an und in dem Gebäude vor. Außerdem nennt er Planungen zur Schaffung von zusätzlichen Parkplätzen durch den Aufbau eines Parkdecks im vorderen Teil (entlang der Wallstraße) über den ZOB. Abschließend geht er auf Fördermöglichkeiten ein.

Herr Bürgermeister **Dr. Ritz** stellt fest, dass mit den vorgestellten Plänen die Arbeit

Projekt weiter gearbeitet wurde und wie der Kontakt zur KBG für dieses Projekt zustande gekommen ist. Die städtischen Planungen haben hierbei die Grundlage für alle Gespräche dargestellt. Ohne eine städtische Planung hätte der Bundesagentur für Arbeit kein konkreter Standort mit dem erforderlichen Platzbedarf vorgeschlagen werden können.

Herr **Imberger** begründet dem Ausschuss das Interesse der KBG am Projekt in der Freiheiter Straße.

Der **Architekt**, Herr **Gerlach**, trägt die Weiterentwicklung der vorgetragenen Entwurfsplanung für eine wirtschaftliche Lösung der KBG vor, dabei möchte die KBG aus betriebswirtschaftlichen Gründen das Gebäude Freiheiter Straße 26 aufstocken und dort die Bundesagentur für Arbeit unterbringen.

Gespräche mit der **Denkmalpflege** wurden bereits geführt.

Ein erster Entwurf wird anhand einer Powerpoint-Präsentation vorgestellt. Bürgermeister **Dr. Ritz** erläutert dem Ausschuss, warum das Projekt unter Zeitdruck steht und dass es jetzt drei Handlungsoptionen gibt:

- 1. Option:** Die Stadt Homberg bewirbt sich nicht für die Vermietung von Büroräumen an die Bundesagentur für Arbeit und wartet ab, ob sich ein Dritter für Homberg bewirbt.
- 2. Option:** Die Stadt Homberg bewirbt sich selbst mit allen eventuellen Risiken.
- 3. Option:** Die Stadt Homberg überträgt der KBG das Gebäude Freiheiter Straße 26 für 1,00 € und ermöglicht damit, dass sich die KBG bewerben kann.

Bürgermeister **Dr. Ritz** wird den Ausschüssen und dem Magistrat folgende Beschlussempfehlung geben:

nicht beendet sei, sondern es müssen weitere Überlegungen angestellt werden, beispielsweise

- # Welche Fördermöglichkeiten gibt es?
- # Können ca. 1.000 m² Bürofläche in der Innenstadt zur Verfügung gestellt werden?
- # Gibt es Privatinteressenten, die solche Flächen schaffen und anbieten können?

Er habe diesbezüglich ein Gespräch mit der KBG Homberg geführt.

Die KBG habe ihrerseits ihren Architekten eingeschaltet, sich Gedanken über eine mögliche Planung zu machen.

Herr Geschäftsleiter **Imberger** stellt die Überlegungen und die Interessen der KBG vor, sich an einem solchen Projekt zu beteiligen.

Er nennt dabei die Möglichkeit, Renditen zu erzielen.

Herr **Architekt Gerlach** lobt die Grundlagenarbeit Herrn Gontermanns, die für seine Arbeit enorm wichtig war. Dann stellt er seine Planung vor. Er habe den Gedanken verfolgt, nur ein Gebäude in der Freiheiter Straße zu nutzen, dieses aufzustocken und damit ca. 1.000 m² Bürofläche zu schaffen, da der Umbau nur eines Gebäudes wirtschaftlicher ist.

Die **Denkmalpflege** würde einer solchen Lösung zustimmen.

Herr Bürgermeister **Dr. Ritz** nennt drei Handlungsoptionen:

1. Die Stadt könne sich bedeckt halten und auf andere Anbieter warten.
2. Die Stadt könne selbst ein Angebot machen.
3. Die Stadt könne die Basis schaffen, damit die KBG als Anbieter gegenüber der BAA auftreten kann. D. h. das Gebäude für 1,00 € zu verkaufen.

„Der Magistrat/die Ausschüsse empfehlen der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen, das städtische Gebäude Freiheiter Straße 26 für 1,00 € an die KBG Homberg zu verkaufen.“

Dies ist Voraussetzung, dass sich die KBG aufgrund der Ausschreibung der Bundesagentur für Arbeit für die Vermietung von Büroräumen im Bereich der Innenstadt bewerben kann. Die Bewerbungsunterlagen müssen am 17.10.2014 der Bundesagentur für Arbeit vorliegen.

Laut Bürgermeister Dr. Ritz werden für alle Mieter des Gebäudes Lösungen für neue Räume gefunden.

Herr Ausschussvorsitzender **Groß** möchte wissen, warum dieses Projekt unter Zeitdruck umgesetzt werden muss.

Bürgermeister **Dr. Ritz** antwortet, dass die Bundesagentur für Arbeit die Fristen gesetzt hat.

Herr **Arch. Gerlach** ergänzt diese Aussage dahingehend, dass für solche Projekte eigentlich mindestens ein halbes Jahr Vorlaufzeit für eine abgestimmte Planung mit den Nutzern erforderlich ist.

Zur Sache sprechen weiter die Ausschussmitglieder Herr Höse, Herr Koch, Herr Lotz und die Stadtverordneten Herr Dewald, Frau Ulrich, Herr Bölling und Herr Schnappauf

Für die derzeitigen drei Nutzer des Gebäudes werden Alternativen für ihre Unterbringung gefunden.

Er empfiehlt, **heute keine Beschlussempfehlung abzugeben.**

Herr **Groß** fordert eine Erklärung, warum jetzt die Termine festliegen, obwohl das Thema schon lange diskutiert werde.

Herr **Architekt Gerlach** verweist auf die Dauer der Planung und der Umsetzung der Baumaßnahme.